

Sitzung vom 10. Mai 2023

**533. Anfrage (Rassismusprävention und -bekämpfung in
der Polizei und dem Militär)**

Die Kantonsrätinnen Sarah Akanji, Winterthur, und Nicola Yuste, Zürich, haben am 24. April 2023 folgende Anfrage eingereicht:

Diverse Berichte und Studien belegen, dass Rassismus auch in der Schweiz ein grosses Problem darstellt. Wie eine Erhebung des Bundesamtes für Statistik zeigt, sind Vorurteile und negative Stereotypen insbesondere (aber nicht ausschliesslich) gegenüber Schwarzen, jüdischen und muslimischen Teilen der Bevölkerung weit verbreitet¹. Dies hat zur Folge, dass ein Drittel der Befragten in der besagten Studie angibt, mindestens einmal in den letzten fünf Jahren Diskriminierung oder Gewalt erfahren zu haben.

Gemäss der Eidgenössischen Fachstelle für Rassismusbekämpfung geht es beim Einsatz gegen Rassismus zuallererst darum anzuerkennen, dass es rassistische Diskriminierung gibt, und zwar auf struktureller, institutioneller wie individueller Ebene. Struktureller Rassismus und fremdenfeindliche Einstellungen machen auch vor staatlichen Institutionen nicht Halt. Insbesondere in der Polizei, dem Militär und anderen Institutionen der öffentlichen Sicherheit, wo Menschen ihrer Freiheit entzogen und der staatlichen Gewalt ausgesetzt sind, ist ein genaues Hinschauen und ein präventiver Schutz vor Gewalt unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen unter Berücksichtigung der verschiedenen Formen der Fremdenfeindlichkeit und Rassismen (gemäss Eidgenössischer Kommission gegen Rassismus EKR):

1. Hat die Kantonspolizei Zürich Erhebungen zu Fällen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit seitens Mitarbeitenden der Polizei gegenüber Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt? Wenn ja, zu welchen Ergebnissen haben die Erhebungen geführt, wer hat die Erhebungen durchgeführt und wo werden sie publiziert?
2. Welche Massnahmen zur Bewältigung und Prävention von Fremdenfeindlichkeit und rassistischer Diskriminierung seitens Mitarbeitenden der Kantonspolizei (z. B. Richtlinien, verpflichtende Module in Aus- und Weiterbildungen, weitere Sensibilisierungsmassnahmen) wurden getroffen oder geplant?

¹ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home.gnpdetail.2021-0551.html>

3. Welche Untersuchungen und Massnahmen in Bezug auf Racial Profiling hat die Kantonspolizei Zürich durchgeführt und welche Ergebnisse wurden festgestellt? Wer hat die Erhebungen durchgeführt und wo werden sie publiziert?
4. Hat das Amt für Militär und Zivilschutz Erhebungen zu Fällen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit seitens Mitarbeitenden gegenüber Militärdienstleistenden sowie Zivilistinnen und Zivilisten durchgeführt? Wenn ja, zu welchen Ergebnissen haben die Erhebungen geführt, wer hat die Erhebungen durchgeführt und wo werden sie publiziert?

Auf Antrag der Sicherheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Sarah Akanji, Winterthur, und Nicola Yuste, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 3:

Die Kantonspolizei prüft Beschwerden gegen ihre Mitarbeitenden, die bei ihr oder an anderen Stellen wie z. B. beim Ombudsmann, der Flughafen Zürich AG oder dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten eingehen. Die Rechtsabteilung der Kantonspolizei prüft jeweils die Anhebung eines internen Administrativverfahrens einschliesslich allenfalls erforderlicher personalrechtlicher Massnahmen und erstattet bei einem Verdacht auf strafbares Verhalten Anzeige an die Justizbehörden. In den vergangenen zehn Jahren ist keine Verurteilung wegen rassistisch motivierten Amtsmissbrauchs erfolgt.

Zu Frage 2:

Wie bereits in den Beantwortungen der Anfragen KR-Nrn. 371/2016, 481/2020 und 11/2021 ausführlich dargelegt, legt die Kantonspolizei grossen Wert auf ein ethisch korrektes und respektvolles Verhalten ihrer Mitarbeitenden. Entsprechend wird bereits bei der Rekrutierung ein grosses Augenmerk auf die Werthaltung der Bewerbenden gerichtet. In der Grundausbildung haben sich die angehenden Polizistinnen und Polizisten im Fach «Community Policing» vertieft mit dem Thema «Racial Profiling» auseinanderzusetzen. Sodann werden in verschiedenen weiteren Fächern wie «Polizei-Ethik», «Menschenrechte und Ethik», «Polizeirecht» und «Staatsrecht» die verschiedenen Gesichtspunkte des Gleichbehandlungsgebots sowie des Diskriminierungs- und Willkür-

verbots beleuchtet. Im Fach «Polizeipsychologie» lernen die Polizeiaspirantinnen und Polizeiaspiranten überdies die Wirkung sozialer Urteile und den professionellen Umgang mit diesen kennen. Das zweite Grundausbildungsjahr wird im Flughafen geleistet, auch mit der Absicht, den Umgang mit einer interkulturell gemischten Klientel zu fördern. Im Übrigen wird auf die Beantwortungen der erwähnten Anfragen verwiesen.

Zu Frage 4:

Nein.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Sicherheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli